

### **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

#### **Frühes Lernen fördern – Weiterentwicklung der Kindertagesstätten zu elementaren Bildungs- und Erziehungseinrichtungen**

Die Pisa-Ergebnisse nehmen die gesamte Gesellschaft in die Pflicht, Erziehung und Bildung von Kindern und Jugendlichen in Deutschland zu verbessern. Kinder lernen in ihren ersten Lebensjahren am meisten. Nie wieder sind Lernfähigkeit, Neugier, Wissbegierde und Lernfreude so ausgeprägt wie in den ersten Lebensjahren. Kinder erwerben im Umgang mit anderen Menschen Wissen. Sie lernen spielend und sind Forscher, Entdecker und Erfinder ihrer eigenen Umgebung.

Um den Kindern eine stabile Entwicklung ihrer Lernfähigkeit zu ermöglichen, muss Ziel einer Weiterentwicklung der frühkindlichen Bildung sein, ihnen eine individuelle Förderung und Unterstützung bei der Erforschung und Aneignung der Lebenswelt zu geben. Dazu ist der Übergang zwischen Kindergarten und Grundschule stärker an den Kindern auszurichten. Wichtig ist es, in diesem Zusammenhang auch die Zusammenarbeit von Kindergarten und Grundschule verbindlich zu regeln und den fachlichen Austausch zwischen Erzieher/-innen und Lehrkräften zu verbessern. Die heutige Praxis, dass jedes zehnte Kind bei der Einschulung zurückgestellt oder zur Sonderschule abgeschoben wird, ist das Gegenteil von hilfreicher Förderung des einzelnen Kindes. Künftig soll die Schuleingangsphase (die beiden ersten Jahre) so gestaltet werden, dass die Kinder je nach ihrem individuellen Entwicklungsstand ein bis drei Jahre in dieser Schuleingangsphase verbringen.

Kindertagesstätten haben einen doppelten Auftrag: Als Betreuungseinrichtung bieten sie eine Dienstleistung für Familien. Zugleich sind die Kindertagesstätten auch Einrichtungen, die die Entwicklung und die Bildung von Kindern fördern sollen. In Deutschland lebende Kinder kommen überdurchschnittlich spät mit gezielten Bildungsangeboten in Kontakt. Sprachentwicklung und Sprachförderung nehmen im vorschulischen Bereich keinen wesentlichen Raum ein. Immer mehr Kinder haben Probleme in ihrer Sprachentwicklung. Das ist keineswegs nur ein Problem von Migrantenkindern. Sprachförderung, die erst kurz vor oder erst in der Schule angeboten wird, kommt häufig zu spät. Gerade weil über 95 Prozent aller drei- bis sechsjährigen Bremer Kinder einen Kindergarten besuchen, könnte hier die Entwicklung der Kinder gezielt und mit Erfolg gefördert werden. Wie Schulen benötigen auch Kindergärten einen Bildungsplan, der Lern- und Entwicklungsziele benennt und eine individuelle Förderung der Kinder zum Ziel hat und den Spaß am Lernen fördert.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

- bis zum 31. Oktober 2002 den Entwurf von Leitzielen und Vorschlägen, wie diese zu erreichen sind (Bildungspläne), für die Kindertageseinrichtungen vorzulegen. In diesen Bildungsplänen sollen die Ziele der Bildungsarbeit im sprachlichen, motorischen und sozialen Bereich beschrieben, Hilfestellung zur didaktischen Organisation und der individuellen Förderung gegeben werden,
- bei der Erarbeitung verbindlicher Leitziele für Bildung und Erziehung in Kindergärten sowohl die Träger der Einrichtungen als auch Familien-, Erzieher/-innen- und Elternverbände zu beteiligen,

- innerhalb des Kindergartenbildungsplans Sprachstandsuntersuchungen ab dem dritten Lebensjahr verbindlich vorzusehen. Die Diagnosefähigkeit des pädagogischen Personals ist gezielt zu verbessern und die Sprach- und Sprechförderung für alle Kindergartenkinder sicherzustellen,
- aufzuzeigen, wie eine flexible Eingangsphase für die Grundschule, gestaltet werden kann. Dabei soll gewährleistet werden, dass die Eingangsphase je nach Entwicklungsstand des Kindes ein bis drei Jahre dauern kann,
- unverzüglich eine verbindliche Kooperation der beiden Ressorts Jugend und Bildung zu schaffen und gemeinsame Leitungsmodelle zu entwickeln,
- die notwendigen Voraussetzungen für diese Weiterentwicklung der Kindergärten zu schaffen. Dabei sollen die staatlichen Kindergärten eine größere wirtschaftliche und pädagogische Selbständigkeit erhalten. Die Überprüfung und Offenlegung der pädagogischen Arbeit soll durch eine unabhängige Einrichtung (z. B. Agentur zur Qualitätssicherung) gewährleistet werden,
- Entwicklungsmöglichkeiten für Kindergärten zum Beispiel als Familienzentren zu schaffen, damit Elternbildungsarbeit in den Kindergärten verankert werden kann,
- Kindergärten als Bildungseinrichtungen zu stärken und sie bezüglich der Beitragsfreiheit mit den Schulen gleichzustellen.

Anja Stahmann, Mützelburg,  
Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen